

## Junge Familien kaufen alte Häuser



Wir wollen ein Förderprogramm initiieren, das den Erwerb von Altbauten fördern und Stelle für junge Menschen noch attraktiver machen soll.

Der Hintergrund der Überlegungen ist, dass der demographische Wandel, also die zunehmende Alterung auch der Steller Bevölkerung, wesentlicher Grund für die Ausweisung erheblicher neuer Wohnbauflächen im soeben überarbeiteten Flächennutzungsplan war.

Durch den damit begünstigten Zuzug überwiegend junger Familien soll der Überalterung entgegengewirkt werden. Problematische Folge dieser Entwicklung ist jedoch der unwiederbringliche Verlust landschaftsprägender Freiflächen in Ortsnähe, wodurch der Wohnwert in unserer Gemeinde sinkt. Auch ist Nachhaltigkeit so nicht erzielbar, denn die soziologisch begründete Überalterung wird fortwirken. Es werden so also nur die heute erkennbaren Probleme um eine Generation in die Zukunft verlagert.

Gleichzeitig sichtbar im ganzen Gemeindegebiet sind die Schwierigkeiten bei der Veräußerung älterer Im-

## BUSVERBINDUNG

### Wuhlenburg – Rosenweide – Fliegenberg – Stelle und zurück

Wir möchten zwischen den oben angegebenen Elbortschaften der Gesamtgemeinde Stelle eine Verkehrsverbindung schaffen, die Arzt- und Apothekenbesuche, Einkäufe, Verwaltungs- und Bankgeschäfte und die Nutzung der Bahnverbindung ermöglicht.

Unser Vorschlag wäre, dieses in der Zeit von 8.00 – 11.30 Uhr und von 14.00 bis 18.00 Uhr einzurichten.

Wir bitten um Ihre Meinung und Vorschläge.

SPD-Ratsfraktion  
(Gemeinderatsmitglied)  
Claus Petersen, Wuhlenburg  
Tel.: 66 98 30

SPD-Vorstand  
(Beisitzer)  
Dietrich Voigt, Stelle  
Tel.: 2818

SPD-Vorstand  
(1. Vorsitzender)  
Michael Koehn  
m.koehn@spd-stelle.de

mobilien, die durch häufig langfristig erscheinende Verkaufsanzeigen, Maklerschilder in den Wohnstraßen und offensichtlich nicht mehr ausreichend gepflegte Objekte deutlich werden.

Dies ist besonders auch aus gemeindlicher Sicht bedenklich, da damit gleichzeitig die Nutzung von der Gemeinde bereits geschaffener Infrastruktureinrichtungen unterbleibt.

Diese Probleme treffen, sicherlich unterschiedlich intensiv, annähernd jede Kommune. Einen vom Ansatz her nachvollziehbaren und im Ergebnis erfolgreichen Weg haben diverse Gemeinden beschritten. Dort werden junge Familien bei der Entscheidungsfindung über den möglichen Kauf einer Altimobilie von der Gemeinde unterstützt, so z.B. durch Zuschüsse bei der Erstellung von Verkehrsgutachten. Zusätzlich gewährt die Gemeinde für einen befristeten Zeitraum, gestaffelt nach der Anzahl der Kinder, einen Finanzierungszuschuss für den Erwerb. Dieses Modell ist bereits über 5 Jahre erprobt und hat sich bewährt.

#### Fazit:

Wir wollen kein Maklerbüro im Rathaus errichten. Uns geht es darum, junge Familien für Stelle zu gewinnen und ältere Mitbürger in der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Bernd Henke  
Fraktionsvorsitzender  
Verwaltungsausschuss  
Finanzausschuss

## Gelebte Demokratie von Michael Köhn



### Ortsvereinsvorsitzender SPD - Stelle

Was soll man unter gelebter Demokratie verstehen? Für mich hat es etwas damit zu tun, dass ich aktiv an der politischen Gestaltung meines Landes mitwirke. Dafür muss man nicht aktiv in die Politik einsteigen. Im Kleinen geht das schon mit der eigenen Bereitschaft einher, sich mit der Tagespolitik, z.B. aus der Tageszeitung, auseinander zu setzen.

Meiner Meinung nach ist das Recht, meinen Gemeinderatskandidaten, meinen Landtagsabgeordneten, den Bundestagsabgeordneten zu wählen, das einfachste Mittel Politik aktiv zu beeinflussen.

Denn der Kandidat oder die Partei die ich wähle, sollte sich auf den Wählerwillen stützen und dessen Meinung berücksichtigen und zu schätzen wissen.

Mit meiner Stimmabgabe an eine bestimmte Partei oder für eine bestimmte Person gebe ich ein Statement zu der bestehenden Politik bzw. der mir in Zukunft gewünschten Politik ab.

Mit meiner Stimme bei einer Wahl kann ich meine Zufriedenheit über ein bestehendes System, aber auch meine Unzufriedenheit, kundtun. Denn die Stimmen, die unsere Politiker, unsere Parlamente und politischen Parteien erhalten, sind Grundstock und Legitimation unserer Demokratie.

Daraus resultiert, dass eine immer geringer werdende Wahlbereitschaft, also die Positionierung der eigenen Meinung, dazu führen kann, dass unserer Demokratie und den demokratisch gewählten

Vertretern die Legitimation fehlt. Aber gibt es denn diese geringe Wahlbereitschaft wirklich? Gibt es wirklich diese sogenannte Politikverdrossenheit? Wenn wir die letzten Wahlen betrachten, ergibt sich folgendes Bild:

Zur Bundestagswahl 2009 gaben 70,78 %

der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Das ist der niedrigste Wert den eine

Bundestagswahl je erzielt hat.

Normal waren vor der Wahl 2009 ca.

80 % Wahlbeteiligung.

Bei der Landtagswahl Niedersachsen wurden 2008 nur noch

57,1 % der wahlberechtigten Stimmen

abgegeben. Im Jahre 2011 gab es bei

den Kreistagswahlen eine Wahlbeteiligung von 54,2 % und bei den Gemeindewahlen im gleichen Jahr eine Beteiligung von 58,5 %.

Mich besorgen diese Prozentangaben,

die aussagen, wie viele der wahlbe-

rechigten Bürger bereit sind, ein State-

ment, eine politische Äußerung zu tä-

tigen, enorm. Es gibt Länder, in denen

Menschen sterben, um das Recht zu

erhalten, freie Wahlen durchzuführen

zu können und in Deutschland sind immer

weniger Bürger bereit, ihr Recht auf

Wahl in Anspruch zu nehmen.

Sie sind nicht bereit 15 Minuten zu opfern,

um zu einer Wahlurne zu gehen und ihrer

politischen oder auch gesellschaftlichen

Einstellung eine Stimme zu geben.

Nur über die Stimme der Bürger erhalten

Politiker und politische Systeme ihre

Legitimation.

Dieses Recht, zu wählen, ist in meinen

Augen der allererste Schritt in Richtung

„gelebter Demokratie“.

Aber die „gelebte Demokratie“ liegt nicht alleine auf

den Schultern der Bürger.

Grund für eine

geringe Wahlbeteiligung ist oft, dass der

Glaube an die Wirksamkeit der eigenen

Stimme nicht vorhanden ist.

Dem Wähler muss durch den gewählten

Volksvertreter bewusst gemacht werden,

dass seine Stimme wahrgenommen

wurde und darauf reagiert wird.

Politische Reaktionen durch die Man-

datsträger müssen transparent darge-

legt werden.

Es dürfen nicht nur Ent-

scheidungen hinter verschlossenen Türen

getroffen und dem Bürger vorgesetzt

werden.

Das System „friss oder stirb“

darf im Bereich von politischen Ent-

scheidungen nicht vollzogen werden.

Denn nur ein Bürger, der dem Politiker,

dem gewählten Ratsmitglied, seinen

Glauben in die Rechtschaffenheit seiner

Entscheidung und seinen Bemühun-

gen schenkt, wird sich ernstgenommen

fühlen und einen Sinn in seiner Stim-

mabgabe für den Kandidaten oder die

Partei sehen.

In meinen Augen sind besonders in der

Kommunalpolitik Transparenz, Wahr-

heit und Glaubhaftigkeit wichtig.

Wahlen auf Ebene der Kommunalpolitik sind

Entscheidungen für eine Person, für

eine Persönlichkeit.

In keinem anderen Bereich der Wahlen ist die Person so

wichtig für eine Wahlentscheidung.

In der Kommunalpolitik kommen Entschei-

dungen über Kommunalinteressen viel

schneller beim Bürger an, als dies auf

Landes- oder Bundesebene der Fall ist.

Zudem ist das gewählte Gemeinde-

ratsmitglied oder der politisch Aktive in

Reichweite.

Er ist mein Nachbar, mein

alter Schulfreund, mein Sportpartner

oder einfach nur mit in meiner Gemeinde.

Diese Nähe zu den Wählern eröffnet

Kommunalpolitikern und Parteien Mög-

lichkeiten, die auf Landes- und Bundes-

ebene viel schwerer umzusetzen sind.

Diese Nähe und Direktheit zwischen

Wähler und Gewähltem ist für mich der

Ansatzpunkt, um „gelebte Demokratie“

umzusetzen.

Als Vorsitzender des

Ortsvereines der SPD Stelle wünsche

ich mir, dass wir es schaffen, unsere

Gemeindemitglieder dort abzuholen,

wo sie sind.

Dort abzuholen, wo es sie

zwickt und zwackt.

Dort abzuholen, wo es für sie wichtig ist.

Ich möchte nicht,

dass der Bürger uns erst abholen muss,

sondern, dass wird schon da sind.

Dies kann uns gelingen, wenn wir den Bürger

in unser Tun einbeziehen.

Ich wünsche

## Neues aus Stelle

und aus  
Achterdeich, Ashausen, Büllhorn,  
Fliegenberg, Rosenweide, Wuhlenburg



ORTSVEREIN  
STELLE  
SPD

www.spd-stelle.de  
An alle Haushalte  
31.05.2012

## Stelle braucht weiterhin einen Hort!



Nachmittagen in der Woche in einer verlässlichen Gruppensituation mit ihren Bezugspersonen zusammen.

Aber braucht man noch ein Hortangebot, wenn es in Stelle schon eine offene Ganztagschule gibt? Ja, denn es gibt Unterschiede, die in der gesetzlichen Grundlage (Nds. Kita-Gesetz/Schulgesetz) begründet sind. Und nicht jedes Angebot passt gleichermaßen auf die Bedarfe einer Familie bzw. jedes Kind hat andere Bedürfnisse. Im Hort werden max. 20 Kinder in der Gruppe von zwei qualifizierten Fachkräften begleitet. Darüber hinaus existieren gesetzliche Richtlinien über Raumgröße und -angebot. Die Kinder sind an fünf sehr viel weiter gefasst und die finanzielle Ausstattung begrenzt. Dies schränkt die Möglichkeiten ein. Allerdings bietet dieses Konzept ein hohes Maß an Flexibilität für Eltern und Kinder. Dieses Angebot beinhaltet meist nur die Kosten für das Mittagessen. Die Anliegen der Familien in den jeweiligen Lebenssituationen sind so verschieden, daher braucht es auch unterschiedliche Angebote für die Schulkinderbetreuung.

Vor diesem Hintergrund ist die SPD der Überzeugung, dass ein Hort eine unverzichtbare Alternative zum offenen Ganztagsangebot darstellt. In der offenen Ganztagschulbetreuung sind die Rahmenbedingungen durch das Schulgesetz



Deshalb beantragte die SPD-Fraktion im Jugendausschuss zunächst eine Prüfung der Kosten für ein neues Gebäude. Dieser Antrag führte in der Jugendausschusssitzung am 23. April zu lebhaften Diskussionen und einer regen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Als Ergebnis der Sitzung wird jetzt bis zu Sommerferien ein gemeinsames Konzept für die Schulkinderbetreuung am Nachmittag unter Beteiligung der Grundschule und des Hortes erarbeitet.

Deutlich wurde in der Sitzung auch, dass die Fliegenberger Situation mit berücksichtigt werden muss. Nachdem das Konzept im Sommer erarbeitet ist, wird der Raumbedarf sich konkreter ermitteln lassen. Die SPD wird ihr Anliegen weiter voran treiben.

Dagmar Knüppelholz  
Stv. Fraktionsvorsitzende  
Schulausschuss  
Jugendausschuss



Claus Petersen  
Vorsitzender im Schulausschuss  
Kultur-, Sozial und Sportausschuss  
Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss

## Eine weitere IGS (Integrierte Gesamtschule) im Landkreis Harburg



Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass sich die Schullandschaft in so kurzer Zeit verändert? Schien es doch fast unmöglich, eine IGS überhaupt einzurichten. Die erste kam unter massiven Druck von Elterninitiativen in Buchholzzustande. Der Andrang war so groß, dass mehr als die Hälfte aller Bewerber

eine Ablehnung bekam. Die Kreispolitiker/innen reagierten: Eine zweite IGS wurde eingerichtet und besteht seit dem Schuljahr 2011/2012 in Winsen. Der Bedarf konnte aber auch mit dieser zweiten Schule nicht gedeckt werden.

Die Kreisverwaltung wurde beauftragt, nach möglichen Schulstandorten zu suchen. Die besten Voraussetzungen zeigten sich in Rosengarten (Nenndorf) und Seevetal (Hittfeld oder Meckelfeld).

Nun wird eine Befragung der Eltern stattfinden, an welchen Standorten sie ihre Kinder anmelden würden bei einer weiteren IGS.

Diese neue IGS wird im Schuljahr 2013/2014 eingerichtet. Die Befragung wird bei den Eltern in Buchholz, Seevetal, Rosengarten und Stelle erfolgen.

### Was ist eine IGS?

Das dreigliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) setzt eine Entscheidung über die Schulform nach der Grundschulzeit voraus. Kritiker meinen, dass mit diesem System Schüler/innen nicht gefördert, sondern zu früh „aussortiert“ werden. Wie sicher können eigentlich Prognosen in der 4. Klasse sein, wie sich ein

Kind in den nächsten Jahren entwickelt? In die IGS gehen alle Kinder gemeinsam. Soziales und individuelles Lernen wird stark gefördert. Gleichzeitig wird auch eine Fachleistungsdifferenzierung angeboten, so dass am Ende der Schulzeit alle Abschlüsse möglich sind. Ein Modell, das sich in vielen anderen Ländern bewährt hat. Im Landkreis Harburg entwickelt sich eine neue Schullandschaft, die den Eltern Wahlmöglichkeiten bietet. Sie können auswählen zwischen verschiedenen Schulformen.

## Schule am Buchwedel – Haupt- und Realschule Stelle

Somit haben Eltern in Stelle weiterhin die Möglichkeit, ihre Kinder **wohnortnah** in der Schule „Am Buchwedel“ zu anzumelden, an der es möglich ist, einen Haupt- oder Realschulabschluss zu erwerben. Als offene Ganztagsschule besteht dazu die Möglichkeit, am Mittagessen, einer Hausaufgabenbetreuung und Angeboten teilzunehmen – ohne mit dem meist überfüllten Schulbus fahren zu müssen!

Kristina Schneider  
Kreistagsabgeordnete  
Mitglied des Kreisschulausschusses

## Markus Beecken: „In 80 Tagen durch den Wahlkreis“

### SPD-Kandidat will Wahlkreis 50 zurück erobern – Gute Chancen für Regierungswechsel in Niedersachsen

**Kiek mal in:** Markus, nach der Affäre um den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten will die SPD den Regierungswechsel in Niedersachsen. Was hat Dich als „Newcomer“ dazu bewogen, für den Landtag zu kandidieren?

**Markus Beecken:** Durch die Vorgänge in Niedersachsen hat die Politik viel Vertrauen verloren, und schon deswegen ist ein Regierungswechsel in Hannover mit Stephan Weil als neuem Ministerpräsidenten unumgänglich. Ich will mit dazu beitragen, Vertrauen in die Politik und die Politiker zurück zu gewinnen.

**Kiek mal in:** Du bist noch nicht lange im politischen Geschäft. Ist das ein Vorteil oder ein Nachteil?

**NaSt:** Wenn man nicht so bekannt ist, muss man zu den Menschen gehen; daher habe ich meine Tour durch den Wahlkreis unter das Motto „In 80 Tagen durch den Wahlkreis“ gestellt. Ich suche das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich denke, es ist ein Vorteil, wenn man als junger, unverbrauchter politisch Engagierter auch mal neue Ideen einbringen kann.

**Kiek mal in:** Du bist erst seit einiger Zeit in der SPD...

**Markus Beecken:** Ich komme aus einem konservativ geprägten Elternhaus. Meine persönliche Entwicklung hat mich aber auf den Weg in die Sozialdemokratie geführt. Das war eine Entscheidung aus dem Herzen. Hier fühle ich mich wohl. Ich will zeigen, dass man etwas bewegen kann, wenn man sich in einer Partei engagiert. Demokratie lebt vom Mitmachen.

**Kiek mal in:** Du warst lange Krankenpfleger und bist jetzt in Deinem Krankenhaus frei gestellter Betriebsratsvorsitzender.

**Markus Beecken:** Richtig. In meiner Tätigkeit habe ich tiefen Einblick in das, was Menschen bewegt – Gesundheit und Arbeit. Als Betriebsrat muss man sich einmischen, praktisch und pragmatisch an die Arbeit



„Politik ist für die Menschen da, und nicht umgekehrt.“, Markus Beecken

Markus Beecken ist 1974 geboren, verheiratet, Vater zweier Töchter und wohnt in Tangendorf. Er absolvierte seine Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger in Winsen und hat zwölf Jahre als Krankenpfleger gearbeitet.

Seit 2010 ist er Betriebsratsvorsitzender des Krankenhauses Buchholz, seit 2012 Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Krankenhäuser Buchholz und Winsen. Schon seit langer Zeit hat Markus Beecken kommunalpolitisches Interesse und ist seit den letzten Kommunalwahlen im Ortsrat Toppenstedt/Tangendorf.

Im Niedersächsischen Landtag will er sich schwerpunktmäßig Themen aus dem Sozialbereich widmen: „Soziale Gerechtigkeit“, „alternative Wohnprojekte“, „Begegnungsstätten für ältere Menschen“, „Betreuungskonzepte für Kinder“ und „Chancengleichheit“; aber auch die Belange der Polizei liegen ihm am Herzen.

herangehen, sich vernetzen und für die Kolleginnen und Kollegen einsetzen. So ist es auch in der Politik, denn Politik ist für die Menschen da, und nicht umgekehrt. Ich möchte Ideengeber sein und im Zusammenspiel zwischen Landeszuständigkeit und kommunalen Bedürfnissen eine Scharnierfunktion ausüben.

**Kiek mal in:** In der Gesundheitspolitik ist ja vieles im Argen...

**Markus Beecken:** Nehmen wir zum Beispiel die ärztliche Versorgung auf dem Lande; in unserem Umfeld haben wir zwar noch nicht das Problem einer ärztlichen Unterversorgung, aber bei den hier niedergelassenen Ärzten ist bereits absehbar, wann ein hoher Prozentsatz altersbedingt seine Praxis aufgeben wird. Wir müssen rechtzeitig die Weichen stellen, um den Zuzug junger Ärzte attraktiv zu gestalten. Oder denken wir an unsere Krankenhäuser, die in kommunaler Hand bleiben müssen. Trotz Überstunden, Arbeitsstress und manchmal mäßiger Bezahlung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vom Arzt bis zum Küchenpersonal – hoch motiviert; dennoch fehlt in vielen Fällen die Zeit, sich mehr den Patienten zuzuwenden. Hier leisten die „grünen Damen“, die sich ehrenamtlich um das Wohlbefinden unserer Patienten kümmern, zwar dankenswerter Weise wertvolle Hilfen. Generell müssten aber die Leistungen der Krankenhäuser besser honoriert werden.

**Kiek mal in:** Geld ist überall knapp...

**Markus Beecken:** Faire Bezahlung für gute Arbeit. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben und Familien gründen und versorgen können. Wenn keine ausreichende Bezahlung erfolgt, müssen die Steuerzahler das „Aufstocken“ finanzieren; das stellt die soziale Marktwirtschaft auf den Kopf und führt zu sozialen Konflikten. Mindestlöhne wären daher flächendeckend erforderlich. Als Betriebsrat setze ich mich für Mitbestimmung ein, das ist auch eine Frage von Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft - und eine Frage des sozialen Zusammenhalts.

**Kiek mal in:** Siehst Du den gefährdet?

**Markus Beecken:** Im Moment sicher nicht. Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, keine populistische Neiddebatte. Aber wir müssen uns dem demografischen Wandel stellen und Konzepte entwickeln, wie wir in Zukunft leben werden: Verhinderung der Zersiedlung unserer Landschaft, Wohnprojekte für das Zusammenleben der verschiedenen Generationen, Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande, Ganztags-Kinderbetreuung, Verteilung zwischen „Arm“ und „Reich“, aber auch zwischen dem Land Niedersachsen und den Kommunen – das sind nur ei-

### Ihre Meinung ist uns wichtig!

Die SPD Stelle würde sich freuen, wenn Sie als unsere Leser uns Ihre Meinung sagen.

Anregungen, Ideen und Kritik sind willkommen

So erreichen Sie unsere Redaktion:

Bernd Henke, Tel 04174 – 5098  
B.Henke@SPD-Stelle.de

Michael Köhn, Tel. 04174 - 668701  
M.Koehn@SPD-Stelle.de

Kristina Schneider, Tel. 04174 - 5316  
K.Schneider@SPD-Stelle.de

Werner Klein, Tel. 04174-4117.  
W.Klein@SPD-Stelle.de

nige wenige Stichworte, die ich in mein Pflichtenheft aufgenommen habe.

**Kiek mal in:** Welche Probleme siehst Du in unserem Wahlkreis, der die Elbmarsch, Hanstedt, Hohe Geest, Stelle und Winsen umfasst?

**Markus Beecken:** Wir wehren uns gegen den Ausbau der A 21 durch unser Kreisgebiet, da der unnötige gigantische Landschaftsverbrauch das Naturrefugium mit seiner Tier- und Pflanzenwelt erheblich beeinträchtigen würde. Der Ausbau und Erhalt des Radwegesystems ist wichtig für den Wirtschaftsfaktor Tourismus und muss vorangetrieben werden; Wander-, Reit- und Radwege sollten gezielt gefördert werden. Der Plan der Kreisverwaltung, einen Baumkronenpfad in das Schutzgebiet Garlstorfer Wald zu setzen, sollte schnellstmöglich vom Tisch. Beim Vertrag mit Hamburg über unser Heidewasser besteht dringender Handlungsbedarf; weder die hohe Fördermenge noch die Laufzeit sind hinnehmbar. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat für die Entwicklung von Umwelt und Klima, aber auch für die Wirtschaft große Bedeutung; im Landkreis benötigter Strom sollte Schritt für Schritt aus eigenen Resourcen produziert werden. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von Themen, die in unserer Region angegangen werden müssten – es gibt also viel zu tun.

**Kiek mal in:** Dazu wünschen wir Dir viel Erfolg. Viele Dank für das Interview.

Das Interview führte Manfred Lohr.

Wir danken für die freundliche Überlassung des Textes